

HINWEISE

2. November 2020
99/2020 Tx/Bkl

Corona-Pandemie: Beschluss der Bundeskanzlerin und der Länder zur Bekämpfung der Pandemie vom 28.10.2020

In ihrer Telefonkonferenz am 28.10.2020 haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit dem anliegenden Beschluss neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen. Diese zusätzlichen Maßnahmen sollen ab heute in Kraft treten und werden bis Ende November befristet und müssen in den Bundesländern noch umgesetzt werden. Thüringen hat bereits einen Parlamentsvorbehalt eingebracht. Nach Ablauf von zwei Wochen sollen neue Beratungen stattfinden, um die erreichten Ziele zu beurteilen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

1. Der Beschluss umfasst in einigen Punkten auch arbeitsrechtliche Fragestellungen. Das beinhaltet folgende Maßnahmen:
 - Arbeitgeber müssen angesichts der gestiegenen Infektionszahlen auf Grundlage einer angepassten Gefährdungsbeurteilung sowie der betrieblichen Pandemieplanung ihr Hygienekonzept nochmals anpassen,
 - nicht erforderliche Kontakte in der Belegschaft und zu Kunden sind zu vermeiden,
 - Arbeitgeber werden aufgefordert, wo immer dies umsetzbar ist, "Heimarbeit" oder das mobile Arbeiten zu Hause zu ermöglichen,
 - Infektionsketten im Betrieb sind schnell zu identifizieren.

Zu Ihrer Unterstützung verweist die BDA zudem nochmals auf die von ihr erstellten Auslegungshilfen und Fragen-Antworten-Papiere, die noch zeitgerecht aktualisiert werden.

2. Darüber hinaus gelten ab dem 2. November im Wesentlichen folgende Maßnahmen:
 - Finanzielle Entschädigung für die von der temporären Schließung betroffenen Unternehmen
 - Verlängerung der bestehenden Hilfsmaßnahmen für Unternehmen
 - Gastronomiebetriebe werden geschlossen. Dazu gehören auch Bars und ähnliche Einrichtungen. Davon ausgenommen sind Kantinen sowie die Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen.
 - Übernachtungsangebote werden nur noch für notwendige und ausdrücklich nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt.
 - Der Einzelhandel bleibt geöffnet. Es ist sicherzustellen, dass sich in den Geschäften nicht mehr als ein Kunde pro 10 qm Verkaufsfläche aufhält.

- Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist nur mit Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstands gestattet.
- Auf private Reisen und Besuche sollte verzichtet werden.
- Einrichtungen, die der Freizeitgestaltung zuzuordnen sind, werden geschlossen. Dazu gehören z. B. Theater sowie Schwimmbäder und Fitnessstudios.
- Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt.
- Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege werden geschlossen. Das gilt nicht für medizinisch notwendige Behandlungen und Friseurbetriebe.
- Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen bleiben geöffnet.
- Einführung besonderer Schutzmaßnahmen für Krankenhäuser, Pflegeheime und Senioren- und Behinderteneinrichtungen, wie z. B. regelmäßige Testungen von Bewohnern bzw. Patienten, deren Besucher und des Personals

Bewertung der BDA

Unternehmen halten sich schon heute an die Vorgaben des Arbeitsschutzstandards und der Arbeitsschutzregel, um betriebsintern die Auswirkungen der Pandemie gering zu halten. Der Erfolg der ergriffenen Maßnahmen lässt sich daran ablesen, dass die Ansteckungsgefahr am Arbeitsplatz im Regelfall deutlich unterdurchschnittlich ist. Arbeitsschutzstandard und Arbeitsschutzregel stellen strenge Anforderungen auf. Diese sollten jetzt nicht weiter verschärft werden.

Der Begriff "Heimarbeit" ist als mobile Arbeit von zu Hause zu verstehen; die Abgrenzung zur Telearbeit wird damit nicht in Frage gestellt. Wo immer möglich und wirtschaftlich vertretbar, bieten Arbeitgeber schon heute mobile Arbeit ganz besonders in Form der Arbeit von zuhause an, um den Auswirkungen der Pandemie zu begegnen. Ohne Beschäftigte und nur noch virtuell können Betriebe aber nicht aufrechterhalten und Kundenwünsche nicht erfüllt werden. Das gilt in der Produktion, es gilt auch für die ganz überwiegende Mehrheit der Dienstleistungen. Mobile Arbeit ist eine Möglichkeit der Reaktion, sie ist aber kein Allheilmittel.

Zu begrüßen ist, dass Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen geöffnet bleiben. Das Ziel Schulen und Kitas so lange wie möglich offen zu halten, ist zentral, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen – und damit Kinder keine Bildungsbrüche erleiden oder in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden.

In Ergänzung erhalten Sie mit diesem Schreiben die Erklärung des Arbeitgeberpräsidenten Kramer zum Corona-Gipfel der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin.

Kommunikation

Abteilungsleitung:
Julika Lendvai

Pressesprecherin:
Larissa Sengfelder

kommunikation@arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800
F +49 30 2033-1805

27. Oktober 2020

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer

Arbeitgeberpräsident Kramer erklärt zum morgigen bevorstehenden Corona-Gipfel der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin:

Wir dürfen nicht aufhören zu laufen, weil wir Angst davor haben zu fallen – vermeidbaren Schaden an unserer Volkswirtschaft verhindern

Die Infektionszahlen in Deutschland steigen wieder und die Corona-Pandemie hat unser Land weiter fest im Griff. Deutschland hat im Umgang mit der Pandemie vieles richtig gemacht. Mit Achtsamkeit und Augenmaß und nicht mit Angst und Panikmache – und so muss es auch bleiben mit dem Ziel, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern.

Bevor ein vermeidbarer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet wird, sollten wir da ansetzen, wo die Gefahren entstehen. Konkret heißt das: Geselligkeit, die zu körperlicher Nähe führt, in der Öffentlichkeit auf ein Minimum reduzieren. Dazu gehören Feiern und Veranstaltungen, Hochzeitsfeiern und andere große Partys. Entsprechende Räumlichkeiten sollten nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen. Zusätzlich bundesweit eine weitgehende Maskenpflicht durchsetzen – das mag zwar lästig sein, schadet aber volkswirtschaftlich nicht. Das Gleiche gilt für das Vorziehen von Sperrstunden, die ausufernde Geselligkeit begrenzen sollen ohne aber das Abendessen im Restaurant einzuschränken. Es ist dringend erforderlich, Schulen und Kitas mit abgestimmten und einheitlichen Hygienekonzepten so lange wie möglich offen zu halten, damit Eltern weiterhin ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen können – und Kinder keine Bildungsbrüche erleiden und in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden.

Die Unternehmen in Deutschland tragen eine große Verantwortung für ihre Beschäftigten. Für uns sind Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hohe Güter – auch im eigenen Interesse. In den Produktions- und Dienstleistungsunternehmen wurden vorbildliche Hygienekonzepte erarbeitet. Insbesondere in Hotels und Restaurants mit ausgefeilten Hygienekonzepten entstehen so gut wie keine Infektionsherde. Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind seit der Corona-Pandemie zu einem der wichtigsten Faktoren bei der Geschäftsfähigkeit von Unternehmen geworden – und damit auch zu einer tragenden Säule der gesamtgesellschaftlichen Robustheit. Umso wichtiger bleibt es, dass unsere Arbeitswelt in ihrer Gesamtheit aufrecht erhalten bleiben muss.

Deshalb haben wir auch unseren Deutschen Arbeitgebertag, der dieses Jahr Ende November in Berlin stattfinden sollte, abgesagt und für den Frühsommer nächsten Jahres geplant. Alles andere wäre in diesen Zeiten mit bis zu 1.800 Teilnehmern und Gästen unverantwortlich.

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse
11054 Berlin

www.arbeitgeber.de

**Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und
Regierungschefs der Länder am 28. Oktober 2020**

BESCHLUSS

TOP Bekämpfung der SARS-Cov2-Pandemie

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

Trotz der Maßnahmen, die Bund und Länder vor zwei Wochen vereinbart haben, steigt die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) inzwischen in nahezu allen Regionen Deutschlands mit exponentieller Dynamik an. Dies hat dazu geführt, dass bereits in zahlreichen Gesundheitsämtern eine vollständige Kontaktnachverfolgung nicht mehr gewährleistet werden kann, was wiederum zu einer beschleunigten Ausbreitung des Virus beiträgt. Aktuell verdoppeln sich die Infiziertenzahlen etwa alle sieben und die Zahl der Intensivpatienten etwa alle zehn Tage. Nach den Statistiken des Robert-Koch-Institutes sind die Ansteckungsumstände im Bundesdurchschnitt in mehr als 75% der Fälle unklar. Zur Vermeidung einer akuten nationalen Gesundheitsnotlage ist es deshalb nun erforderlich, durch eine erhebliche Reduzierung der Kontakte in der Bevölkerung insgesamt das Infektionsgeschehen aufzuhalten und die Zahl der Neuinfektionen wieder in die nachverfolgbare Größenordnung von unter 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche zu senken. Ohne solche Beschränkungen würde das weitere exponentielle Wachstum der Infiziertenzahlen unweigerlich binnen weniger Wochen zu einer Überforderung des Gesundheitssystems führen und die Zahl der schweren Verläufe und der Todesfälle würde erheblich ansteigen. Wesentlich ist es dabei auch, jetzt schnell zu reagieren. Je später die Infektionsdynamik umgekehrt wird, desto länger bzw. umfassender sind Beschränkungen erforderlich.

Bund und Ländern streben an, zügig die Infektionsdynamik zu unterbrechen, damit einerseits Schulen und Kindergärten verlässlich geöffnet bleiben können und andererseits in der Weihnachtszeit keine weitreichenden Beschränkungen im Hinblick auf persönliche Kontakte und wirtschaftliche Tätigkeit erforderlich sind. Familien und

Freunde sollen sich auch unter Corona-Bedingungen in der Weihnachtszeit treffen können. Dazu bedarf es jetzt erneut, wie schon im Frühjahr, einer gemeinsamen nationalen Anstrengung des Bundes und aller Länder.

Bund und Ländern ist bewusst, dass die Beschränkungen für die Bevölkerung eine große Belastung darstellen. Deshalb gebührt der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung großer Dank, die bisher und auch in Zukunft diese Maßnahmen mit Gemeinsinn und Geduld einhalten und besonders denjenigen, die für die praktische Umsetzung der Maßnahmen sorgen und natürlich auch denen, die im Gesundheitssystem ihren Dienst leisten.

Die Lage ist jetzt wieder sehr ernst. Vor uns liegen vier schwierige Wintermonate. Aber Bund und Länder sehen mit Zuversicht in die Zukunft. Die Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung und die einfachere Infektionskontrolle im Sommer geben uns die Hoffnung, dass Deutschland, wenn es gut durch diesen Winter kommt, im nächsten Jahr schrittweise die Pandemie überwinden und sich auch wirtschaftlich erholen kann.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder ergänzend zu ihren bisherigen Beschlüssen:

1. Ab dem 2. November treten deutschlandweit die im Folgenden dargelegten **zusätzliche Maßnahmen** in Kraft. Die Maßnahmen werden bis Ende November befristet. Nach Ablauf von zwei Wochen werden die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sich erneut beraten und die durch die Maßnahmen erreichten Ziele beurteilen und notwendige Anpassungen vornehmen.
2. Wichtigste Maßnahme in der kommenden Zeit wird es sein, Abstand zu halten und **Kontakte zu verringern**. Die Bürgerinnen und Bürger werden angehalten, die Kontakte zu anderen Menschen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstands auf ein absolut nötiges Minimum zu reduzieren.
3. Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist daher ab sofort nur mit den Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstandes jedoch in jedem Falle maximal mit 10 Personen gestattet. Dies gilt verbindlich und Verstöße gegen diese **Kontaktbeschränkungen** werden entsprechend von den Ordnungsbehörden sanktioniert. Darüber hinausgehende Gruppen feiernder Menschen auf öffentlichen Plätzen, in Wohnungen sowie privaten Einrichtungen sind angesichts der ernststen Lage in unserem Land inakzeptabel. Bund und Länder wirken bei den verstärkten Kontrollen zusammen.

4. Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, generell auf nicht notwendige **private Reisen** und Besuche -auch von Verwandten- zu verzichten. Das gilt auch im Inland und für überregionale tagestouristische Ausflüge. Übernachtungsangebote im Inland werden nur noch für notwendige und ausdrücklich nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt.
5. Institutionen und Einrichtungen, die der **Freizeitgestaltung** zuzuordnen sind, werden geschlossen. Dazu gehören
 - a. Theater, Opern, Konzerthäuser, und ähnliche Einrichtungen
 - b. Messen, Kinos, Freizeitparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten (drinnen und draußen), Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und ähnliche Einrichtungen
 - c. Prostitutionsstätten, Bordelle und ähnliche Einrichtungen
 - d. der Freizeit- und Amateursportbetrieb mit Ausnahme des Individualsports allein, zu zweit oder mit dem eignen Hausstand auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen,
 - e. Schwimm- und Spaßbäder, Saunen und Thermen,
 - f. Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen.
6. **Veranstaltungen**, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt. Profisportveranstaltungen können nur ohne Zuschauer stattfinden.
7. **Gastronomiebetriebe** sowie Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und ähnliche Einrichtungen werden geschlossen. Davon ausgenommen ist die Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen für den Verzehr zu Hause sowie der Betrieb von Kantinen.
8. **Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege** wie Kosmetikstudios, Massagepraxen, Tattoo-Studios und ähnliche Betriebe werden geschlossen, weil in diesem Bereich eine körperliche Nähe unabdingbar ist. Medizinisch notwendige Behandlungen, zum Beispiel Physio-, Ergo und Logotherapien sowie Podologie/Fußpflege, bleiben weiter möglich. Friseursalons bleiben unter den bestehenden Auflagen zur Hygiene geöffnet.
9. Der **Groß- und Einzelhandel** bleibt unter Auflagen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Vermeidung von Warteschlangen insgesamt geöffnet. Dabei ist sicherzustellen, dass sich in den Geschäften nicht mehr als ein Kunde pro 10 qm Verkaufsfläche aufhält.
10. **Schulen und Kindergärten** bleiben offen. Die Länder entscheiden über die erforderlichen Schutzmaßnahmen.

11. Für die von den temporären Schließungen erfassten Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen wird der Bund eine **außerordentliche Wirtschaftshilfe** gewähren, um sie für finanzielle Ausfälle zu entschädigen. Der Erstattungsbetrag beträgt 75% des entsprechenden Umsatzes des Vorjahresmonats für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter, womit die Fixkosten des Unternehmens pauschaliert werden. Die Prozentsätze für größere Unternehmen werden nach Maßgabe der Obergrenzen der einschlägigen beihilferechtlichen Vorgaben ermittelt. Die Finanzhilfe wird ein Finanzvolumen von bis zu 10 Milliarden haben.
12. Jenseits der umfassenden temporären Beschränkungen führen bereits die bisherigen Maßnahmen dazu, dass einige Wirtschaftsbereiche auch in den kommenden Monaten erhebliche Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebes hinnehmen müssen. Deshalb wird der Bund **Hilfsmaßnahmen für Unternehmen** verlängern und die Konditionen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche verbessern (Überbrückungshilfe III). Dies betrifft zum Beispiel den Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft und die Soloselbständigen. Außerdem wird der KfW-Schnellkredit für Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten geöffnet und angepasst.
13. Auch in der Pandemie wollen wir in Industrie, Handwerk und Mittelstand **sicheres Arbeiten** möglichst umfassend ermöglichen. Die Arbeitgeber haben eine besondere Verantwortung für ihre Mitarbeiter, um sie vor Infektionen zu schützen. Infektionsketten, die im Betrieb entstehen, sind schnell zu identifizieren. Deshalb muss jedes Unternehmen in Deutschland auch auf Grundlage einer angepassten Gefährdungsbeurteilung sowie betrieblichen Pandemieplanung ein Hygienekonzept umsetzen und angesichts der gestiegenen Infektionszahlen auch nochmals anpassen. Ziel ist u.a. nicht erforderliche Kontakte in der Belegschaft und mit Kunden zu vermeiden, allgemeine Hygienemaßnahmen umzusetzen und die Infektionsrisiken bei erforderlichen Kontakten durch besondere Hygiene- und Schutzmaßnahmen zu minimieren. Bund und Länder fordern die Unternehmen eindringlich auf, jetzt wieder angesichts der hohen Infektionszahlen, wo immer dies umsetzbar ist, **Heimarbeit oder das mobile Arbeiten zu Hause zu ermöglichen**. Die für den Arbeitsschutz zuständigen Behörden sowie die Unfallversicherungsträger beraten die Unternehmen dabei und führen Kontrollen durch.

14. Steigende Infektionszahlen führen leider auch zu einem Anstieg an Infektionen in medizinischen Einrichtungen und bei **vulnerablen Gruppen**. Deren Schutz stellt eine besondere Herausforderung dar. Deshalb haben die zuständigen Stellen je nach den lokalen Gegebenheiten für die Krankenhäuser, Pflegeheime, Senioren- und Behinderteneinrichtungen besondere Schutzvorkehrungen ergriffen. Dabei wird stets berücksichtigt, dass die jeweiligen Regelungen nicht zu einer vollständigen sozialen Isolation der Betroffenen führen dürfen. Bei steigenden Infektionszahlen werden diese Maßnahmen entsprechend angepasst. Der Bund hat durch die neue Testverordnung sichergestellt, dass die Kosten der seit kurzem verfügbaren SARS-CoV2-Schnelltests für regelmäßige Testungen der Bewohner bzw. Patienten, deren Besucher und das Personal übernommen werden. Die verfügbaren Schnelltests sollen jetzt zügig und prioritär in diesem Bereich eingesetzt werden, um auch bei steigenden Infektionszahlen einen bestmöglichen Schutz zu gewährleisten und sichere Kontakte zu ermöglichen. Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie vergleichbare Beratungseinrichtungen bleiben geöffnet. Die Krankenhäuser sollen weiterhin bei der Bereitstellung von Intensivbetten unterstützt werden. Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern werden zeitnah praktikable Lösungen erarbeiten, die auch Fortführung finanzieller Unterstützungen enthalten soll. Krankenhäuser, die aufgrund der Behandlung von SARS-CoV-2-Patienten besonders belastet sind, können wie in der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vorgesehen sanktionsfrei von den Vorgaben abweichen.
15. Bund und Länder werden die Information über die geltenden Corona-Maßnahmen noch einmal verstärken und durch möglichst einheitliche Maßnahmen die Übersichtlichkeit erhöhen. Sie werden jedoch auch die **Kontrollen zur Einhaltung der Maßnahmen** flächendeckend verstärken und dabei auch mittels verdachtsunabhängiger Kontrollen, insbesondere im grenznahen Bereich, die Einhaltung der Quarantäneverordnungen überprüfen.
16. Bund und Länder sind sich darüber im Klaren, dass es sich um sehr einschneidende Maßnahmen handelt. Aber sie sind notwendig und sie sind mit Blick auf das **zu schützende Rechtsgut** der Gesundheit der Bevölkerung und zur Abwendung noch umfangreicherer wirtschaftlicher Schäden im Falle einer unkontrollierten pandemischen Entwicklung verhältnismäßig.

Protokollerklärung Thüringen:

1. Als Selbstorganisation der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nimmt die MPK in der laufenden Pandemiebewältigung eine wichtige strukturierende Aufgabe wahr. Diese Aufgabe darf sie jedoch nicht überstrapazieren. Die MPK muss sich im Hinblick auf die Stärkung der Legislative bei der Pandemiebewältigung ihrer Funktion und den Grenzen ihrer Kompetenzen bewusst sein.
2. Der Freistaat Thüringen stimmt dem Bundestagspräsidenten ausdrücklich darin zu, dass durch das Parlament konkrete Ermächtigungsgrundlagen für besonders eingriffsintensive Maßnahmen wie z.B. Ausgangssperren, Kontaktverbote und die Verhängung eines sogenannten Lockdowns geschaffen werden müssen. Der Freistaat Thüringen erwartet deshalb, dass
 - a. der Deutsche Bundestag eine akute nationale Gesundheitsnotlage feststellt, der die von der Ministerpräsidentenkonferenz getroffenen Beschlüsse rechtfertigt, und
 - b. der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung seinerseits die vorher vom Deutschen Bundestag getroffene Feststellung einer akuten nationalen Gesundheitsnotlage ebenfalls vornimmtDer Freistaat Thüringen erwartet zudem, dass der Deutsche Bundestag schnellstmöglich die notwendigen Anpassungen des Infektionsschutzgesetzes abschließt.
3. Mit Blick auf das gemeinsame Ziel der Vermeidung einer Überforderung des Gesundheitssystems begrüßt der Freistaat Thüringen und trägt diejenigen Maßnahmen mit, die für eine wirksame Eindämmung des Infektionsgeschehens durch wissenschaftliche Erkenntnisse geeignet und verhältnismäßig sind und erwartet vom Bund diese evidenzbasierte Untersetzung der Maßnahmen.
4. Der Freistaat Thüringen erwartet vom Bund, dass er mittels seiner Finanzkraft und der ihm gegenüber den Ländern allein obliegenden Gestaltungsmöglichkeiten der steuerlichen Einnahmeseite dafür Sorge trägt, dass alle von den getroffenen Maßnahmen unmittelbar und mittelbar betroffenen Akteure, darunter insbesondere Solo-Selbständige, Selbständige, gemeinnützige Institutionen und weitere, wirksam unterstützt werden und weiterhin Maßnahmen getroffen werden, Schieflagen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzufangen.
5. Der Freistaat Thüringen erklärt, dass mit der Verabschiedung des MPK-Beschlusses kein Präjudiz das für parlamentarische Verfahren im Freistaat Thüringen verbunden ist.